



DIE VERORDNETE REFORM

Revierleiter verfassen Protestnote

Unabhängig von unserer Haltung zur geplanten Neuorganisation der Polizei Bremen sind die Revierleiter der Polizei Bremen von der Art und Weise, wie der Innensenator dieses Vorhaben geplant, vorbereitet, verkündet hat und jetzt umsetzen lassen will, sehr enttäuscht und insbesondere auch erschrocken. In einer Zeit, in der die Polizei personell aus dem letzten Loch pfeift und unter dem Druck der Terrorgefahr und Flüchtlingsproblematik alle Kräfte mobilisiert hat, wird jetzt „überfallartig“ vom Senator eine arbeitsintensive Umorganisation verfügt, die uns sprachlos macht und zudem fragwürdig ist. Der Unmut über dieses Vorgehen und der Hinweis, dass die künftige Struktur feststeht und es offensichtlich keine wesentlichen Veränderungsmöglichkeiten mehr gibt, hat unser Vertrauen in die Politik nachhaltig getrübt. Kann eine Neuorganisation ohne eine frühzeitige „Mitnahme“ der Führungskräfte überhaupt erfolgreich sein? Wir haben mit unserem Personal in der Vergangenheit in vielfältiger Form bewiesen, dass wir in der

Lage sind, die Polizei den Entwicklungen und Rahmenbedingungen anzupassen. Dabei haben wir auch gezeigt, dass wir „schmerzhafte Entscheidungen“ mittragen und durchsetzen können. Dafür wurden gemeinsame Haltungen erarbeitet und es wurden von der großen Mehrheit getragene Prozesse auf den Weg gebracht. Die Zukunft der Polizei hätten wir gerne mitgestaltet! Von einer so umfangreichen Neuorganisation hätte insbesondere nach innen ein positives Signal ausgehen müssen. Wir erleben jetzt leider genau das Gegenteil! Die Polizei lebt vom Miteinander und vom offenen und ehrlichen Dialog nach innen, aber auch nach außen zum Bürger. Dazu gehört aber auch die Wahrheit, dass es sich bei der Personalzahl von 2600 nicht alleine um Polizeivollzugsbeamte handelt! Mit dieser verordneten und so von der großen Mehrheit in der Polizei Bremen nicht gewollten Neuorganisation kommt viel Sand in das Getriebe. Wir erleben einen Stilbruch, der deutlich seine Spuren hinterlassen wird.

DIE VERORDNETE REFORM

Innensenator schwächt die Region!

Was wird aus der regionalen Polizeiarbeit?

Protestnote der Revierleiter

Die gesamte Polizei Bremen wurde durch eine im August politisch verordnete Verfügung zur Umorganisation in ihren Grundfesten erschüttert. Kaum ein/e Polizist/-in hatte sich vorher ausmalen können, was jetzt nach und nach an Details an die Öffentlichkeit kommt und unter dem Titel „Reform 2600“ geplant ist.

Innerhalb der Polizei werden schon seit geraumer Zeit mögliche organisatorische Veränderungen mit allen Vorteilen und Risiken der verschiedenen Modelle diskutiert und abgewogen.

Die jetzt von der Politik verordnete Organisationsstruktur war jedoch nicht dabei.

Wir wollen hier auf „das Sterben der Polizeireviere“ und die Folgen für die Stadtteile eingehen.

Nachdem bei der letzten großen Polizeireform im Jahr 2005 trotz großer Einschnitte die bürgernahe regionale Polizeiarbeit stark betont wurde, wird sich dieses künftig deutlich ändern. Die folgenden bisherigen Revieraufgaben werden auf Inspektionsebene an den Einsatzdienststandorten zentralisiert:

– Bürgerservice (Anzeigenaufnahme, Ansprechpartner für den Bürger),

- Teilintegration/TI (Teilnahme am 110er-Prozess zu den einsatzstarken Zeiten),
- Projektarbeit zur Bekämpfung von lokalen Brennpunkten; überwiegend in der Verkehrssicherheitsarbeit und Kriminalitätsbekämpfung.

Von den alten Polizeireviere werden, wie in Findorff und Oslebshausen, nur noch Polizeistationen (KOP-Standorte) übrigbleiben.

Dieses bedeutet am Beispiel einiger Polizeireviere:

Nachdem bis 2005 dort rund 50 Polizisten (damals noch 24-Std.-Standort) agierten, waren es mit Beginn der letzten Reform 25 Kolleginnen und Kollegen, die dort für die genannten polizeilichen Aufgaben im Stadtteil bedarfsorientiert eingesetzt wurden.

Nach Umsetzung der geplanten „Reform 2600“ werden weniger als zehn Polizisten (Leitung, Kontaktpolizisten und Verkehrssachbearbeiter) zu diesen Stationen gehören. Hinzu kommt, dass die KOP an den künftigen Polizeistationen die Bürgersprechzeiten übernehmen sollen, was eine zusätzliche Aufgabe darstellt und die Zeiten in der Fläche reduzieren wird. Diese Zeit fehlt auf der Straße für den Bürger vor Ort.



DIE VERORDNETE REFORM

Gefühlt bedeutet dieses Zerschlagen der alten Strukturen eine Beerdigung der bisherigen bürgernahen regionalen Polizeiarbeit.

Bevölkerungsreiche, dynamisch wachsende und problembelastete Stadtteile werden künftig ohne einen eigenen Streifenwagen auskommen müssen.

In Bremen Nord wird das Zentrum Vegesack mit seinen vielfältigen polizeilichen Herausforderungen zur Polizeistation degradiert. Oder man setzt die alte Polizeiforderung um, in Vegesack einen neuen Zentralstandort zu installieren.

Eine millionenschwere Herausforderung, die eines langen Vorlaufes bedarf. Dann würden alle Kräfte dort eingesetzt und die bisherigen Einsatzdienststandorte in Lesum

und Blumenthal würden Polizeistationen.

Wir befürchten, dass kompetente Ansprechpartner, die verlässliche Entscheidungen für die Region treffen können, künftig fehlen.



spiegelt und die „gefühlten Angstorte“ deutlich macht.

In Anbetracht der schwierigen personellen Situation in der Polizei Bremen und vor dem Hintergrund der starken Überlastung vom Bürgerservice an einigen Standorten, wird die Zentralisierung vom Bürgerservice, trotz seiner negativen Auswirkungen auf die Region (nur noch zwei Std. Mo.- bis Fr. Bürgersprechstunde OHNE Anzeigenaufnahme) von uns trotz erheblicher Bedenken mitgetragen.

Dem Bürger muss jedoch deutlich gemacht werden, dass er nicht mehr an jedem Polizeirevier, sondern nur noch an bestimmten Standorten seine Anzeige aufgeben kann.

Auch die beabsichtigte „Online-Anzeige“ ist unserer Meinung nach kein Ausgleich, sondern allenfalls eine Ergänzung.

Die Zentralisierung der Revierkräfte wird jedoch trotz der erkannten Schwächen von allen Revieren abgelehnt.

Wir erkennen keinen Sinn darin, die dezentralen Kräfte zu zentralisieren und sie anschließend wieder dezentral einzusetzen – oder sie werden zentral organisiert und dezentral un-

TERMIN

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe 2016, Landesjournal Bremen, ist der 1. November 2016.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

Den eigenen Streifenwagen als „Herzstück für die Wahrnehmung als Polizeirevier“ wird es dann an allen Standorten nicht mehr geben. Welche positive Wirkung der eigene Streifenwagen für einen Stadtteil hat, kann man sehr gut am Beispiel der Reviere Woltmershausen und Horn studieren.

Die Revierleitungen und Stadtteilvertreter bieten ihre Erfahrungen und Erkenntnisse dazu gerne an.

Die bisherigen Erhebungen im Hinblick auf den Zielerreichungsgrad belegen eindeutig, dass Streifenwagen in der Region helfen, den Acht-Minuten-Standard einzuhalten. Ganz abgesehen davon, dass die Installierung des Streifenwagens in Woltmershausen erst vor kurzer Zeit erfolgte, weil man eben genau mit diesen schlechten Zahlen nicht leben wollte. Vom subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürger mal ganz abgesehen.

Ohne eigenes Personal für die Projektarbeit haben die Revierleiter künftig keine operativen Gestaltungsmöglichkeiten mehr. Das schnelle Reagieren auf Phänomene wird deutlich eingeschränkt.

In der Zeit von Terror und Flüchtlingsproblematik sowie dem stark zunehmenden Sicherheitsbedürfnis der Bürger, ist dieses nach unserer Auffassung ein völlig falsches Signal.

Schade, dass es infolge zu hoher Kosten keine aktuelle Bürgerbefragung gibt, die das subjektive Sicherheitsgefühl in den Stadtteilen wider-

**REDAKTIONSZEITEN
2017**

Nachstehend geben wir die Termine für den Redaktionsschluss 2017 des Landesjournals Bremen bekannt:

Einsendeschluss für Beiträge

<u>im Monat</u>	<u>ist der:</u>
Februar:	3. Januar 2017
März:	5. Februar 2017
April:	5. März 2017
Mai:	4. April 2017
Juni:	7. Mai 2017
Juli:	6. Juni 2017
August:	4. Juli 2017
September:	6. August 2017
Oktober:	5. September 2017
November:	8. Oktober 2017
Dezember:	5. November 2017
Januar 2018:	5. Dezember 2017

Texte bitte als Worddokument mit automatischem Zeilenumbruch.
Artikel mailen an:
Ahlersbande@t-online.de.



DIE VERORDNETE REFORM

tergebracht. Wo ist da der Vorteil? Es wird kein zusätzlicher Polizist auf der Straße sein!

Anzumerken bleibt, dass von einer solchen Umsetzung überwiegend über 50-jährige Kollegen/-innen betroffen sind, die sich oft über Jahrzehnte mit ihrem Revier und ihrem Stadtteil identifiziert haben. Viele haben die bisherige regionale Ausprägung mit Herzblut gelebt!

Völlig offen ist dabei noch die Frage der Unterbringung an den (jetzt schon teilweise aus allen Nähten platzenden) Zentralstandorten. Dort entstehen neue „Riesengebilde“ mit vermutlich neuen Führungsfunktionen.

Dieses würde nach dem gegenwärtigen Stand z. B. für den Bremer Süden bedeuten, dass künftig der Bürgerservice und alle Streifenwagen

(Einsatzdienst und bisherigen Revierwagen) am Standort Neustadt zentralisiert werden und jeder Bürger dorthin „reisen“ muss, um seine Anzeige aufzugeben.



Jeder mag sich ausmalen, was passiert, wenn die Neuenlander Straße und Oldenburger Straße im Verkehrschaos versinken. Kein unrealistisches Szenario, sondern häufig zu beobachten.

Der ohnehin nur mäßige Zielerreichungsgrad für dringende Einsätze in

den Randbereichen der Stadt wird sich deutlich verschlechtern.

Unser Appell an die Politik:

Eine wirkliche Reform muss sich an den Problemen in der Stadt ausrichten. Hierfür muss die Politik auch das als notwendig erkannte Personal zur Verfügung stellen.

Die Struktur der Polizei an der Haushaltslage auszurichten ist nicht zielführend.

Hören Sie auf, die Polizei vor Ort weiter zu zerstören. Nehmen Sie die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ernst. Wir sind mehr denn je auf die Unterstützung durch die Menschen in den Stadtteilen angewiesen.

Lassen Sie die Polizisten in den Stadtteilen mit Anbindung bei funktionsfähigen Polizeirevieren!

Unterschriften aller Revierleitungen

ZWÖLF-JAHRE-PROJEKT

Telearbeit – eine Odyssee

Vor zwölf Jahren wurde von dem damaligen Senator für Finanzen die Dienstvereinbarung „Alternierende Telearbeit“ für den öffentlichen Dienst Bremens festgeschrieben. Doch es dauerte sechs Jahre, bis die Polizei Bremen die Vorteile für sich entdeckte. 2010 begann dann der lange Weg durch die einzelnen Instanzen.

Als erstes musste natürlich die ZGF für diese Art des Arbeitens gewonnen werden. Die Skepsis, Frauen würden wieder in die Urzeiten der Heimarbeit zurückversetzt werden, konnte argumentativ beseitigt werden. Auch die nächsten Stationen in Form einer Zustimmung des Gesamtpersonalrates und durch Frau Dr. Sabetzki von der Senatorin für Finanzen waren kleine Hürden im Vergleich zur Datenschutzbeauftragten Frau Dr. Sommer. Auf deren Bedenken in puncto Datensicherheit möchte ich nicht weiter eingehen.

Im November 2011 fand dann endlich die erste Infoveranstaltung statt. Die Euphorie der Teilzeitkräfte, ihre Arbeitszeit in Kürze erhöhen zu können, ebte schnell ab. Die Mühlen des Staates arbeiten halt beständig und nicht im Hochge-

windigkeitstakt. Doch am 1. April 2012 war es soweit. Die Datenleitungen waren gelegt und 18 Kolleginnen starteten in den Probelauf „Alternierende Telearbeit“.



Gewerkschaft der Polizei

Schnell erkannte nicht nur die Leitung, dass die „Teletubbies“ ein echter Gewinn sind. Nicht nur die Haldenreduzierung, sondern auch eine geringere Rücklaufquote der Akten führten zu einer hohen Akzeptanz dieser Art des Arbeitens. Deshalb wurde der Probelauf dreimal verlängert.

Doch dann das AUS nach 27 Monaten am 30. Juni 2014 wegen monetärer Gründe.

Der Vorstand der Landesfrauengruppe wurde sofort initiativ und führte Gespräche mit den Staatsräten von Finanzen und Inneres. Der erste Befürworter war Staatsrat Henning Lühr von der Senatorin für Finanzen,

der einen Teil der Übernahme der Kosten für eine Weiterführung der Telearbeit avisierte. Im Mai 2016 ist von dem Staatsrat für Inneres, Herrn Ehmke, schriftlich bestätigt worden, dass Gelder für die „Alternierende Telearbeit“ bei der Polizei Bremen bereitstehen.

Jetzt liegt es an der Polizei Bremen, die Integration der „Alternierenden Telearbeit“ in die Alltagsorganisation schnell zu verwirklichen.

Die Vorteile in Form von besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einer Senkung der Arbeitsüberlastung in den entsprechenden Dienststellen, der Erhöhung der Verwendungsbreite der Kolleginnen und Kollegen, der schnelleren Wiedereingliederung etc. sollten den Verantwortlichen Flügel verleihen.

**Siggi Holschen,
Landesfrauengruppe**



Herzlich willkommen Jahrgang 2016



Am 4. Oktober 2016 wurde der mit Spannung erwartete größte Einstellungsjahrgang seit vielen Jahren am BePo-Standort Huckelriede in Empfang genommen. Insgesamt 140 neue Studentinnen und Studenten wurden durch die JUNGE GRUPPE (GdP) persönlich begrüßt und traditionell mit einer prall gefüllten Schultüte ausgestattet. Bei Kaffee und Keksen konnten einige nervöse Gemüter beruhigt, erste Kontakte geknüpft und Informationen an die sehr interessierten jungen Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden, bevor es zur offiziellen Begrüßung in die Aula ging.

Wir wünschen hiermit dem Jahrgang 2016 noch einmal ganz herz-

lich alles Gute und viel Erfolg für den bevorstehenden Studienweg. Auf das wir euch in drei Jahren als ausgebildete Kommissarinnen und Kommissare in den Einzeldienst

übernehmen können. Ihr werdet dringend gebraucht und deshalb ist es schön, dass ihr da seid!

Eure JUNGE GRUPPE (GdP)



Begrüßten den Einstellungsjahrgang 2016: Kolleginnen und Kollegen der Schutz- und Bereitschaftspolizei, der JUNGEN GRUPPE GdP und unser Partner, die Signal Iduna.

AUSBILDUNG

Wie wird aus Schülern ein echter Schutzmann?

Seit einem Jahr bin ich Einsatztrainer in der Ausbildung der Polizei und wurde gefragt, worin die Herausforderung in dieser Aufgabe liegt. Bevor ich die Stelle angetreten habe, war ich überzeugt davon, dass die größten Schwierigkeiten in den vielen Gesetzen, Dienst-anweisungen, sonstigen Vorschriften, Formblättern und unterschiedlichen Verfahrensabläufen liegen werden. Ich stellte allerdings schnell fest, dass es das nicht ist.

Die eigentlichen Herausforderungen lassen sich aus meiner Sicht in drei Bereiche unterteilen. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Gruppe der Studenten. Mit einer Altersstruktur von 18 bis 32 Jahren haben sie ganz unterschiedliche Erfahrungen und somit Vorstellungen zum Beruf und zum Leben. In unserem Schulsystem und auch in vielen anderen Berufen haben Werte wie Disziplin, Hierarchieakzeptanz und Teamwork einen völlig anderen Stellenwert als bei der Polizei. Besonders die Teamarbeit und das Vertrauen in den Partner muss erlernt werden. Schließlich legt man in letzter Konsequenz seine Gesundheit, vielleicht sogar sein eige-

nes Leben in die Hände seines Streifenpartners.

Vereinzelt sind die Studenten sehr zurückhaltend. Sie mussten vermutlich niemals mit lauter Stimme jemanden zurechtweisen. Sie haben häufig Berührungängste, weil die meisten niemals in körperliche Auseinandersetzungen gerieten. Da eine klare deutliche Kommunikation und Eingriffs- und Festnahmetechniken zum Handwerkzeug eines Schutzmanns gehören, gilt es die Zurückhaltung abzubauen und das Selbstbewusstsein zu stärken.

Die zweite Herausforderung liegt in meiner Person. Ich besitze keine professionelle Vorbildung im Be-

reich der Pädagogik oder der Didaktik. So waren die ersten Tage als „Lehrer“ für mich aufregend und ungewohnt. Ich habe versucht, mir viel von anderen Einsatztrainern anzueignen, die bereits mehr Erfahrung haben.

Die dritte Herausforderung liegt in der besonderen Position der Einsatztrainerstelle. Die Stelle ist angegliedert an die Hochschule für öffentliche Verwaltung und das Personal dahin abgeordnet. Einige Entscheidungen und Vorstellungen erscheinen praxis- und polizeifremd, bieten andererseits die Möglichkeit einer freien Ausgestaltung. Gegenüber steht die Polizei mit ihren Vorstellungen und der mangelhaften Ausrüstung.

Es war für mich unvorstellbar, dass das Gebäude der Dienststelle nicht über eine Vernetzung verfügt und die Einsatztrainer keinen Zugang zum polizeiinternen Intranet und somit auch nicht zu Outlook oder polizeilichen Informationssystemen haben.



AUSBILDUNG

Ohne eigenen Fahrzeugbestand und mit derzeit 33 Funkgeräten bedarf es eines erheblichen Organisationsaufwandes und ständiger Absprache innerhalb des Sachgebiets,

um Ausbildung, Übungen und Einsätze zu bewältigen.

Keine Herausforderung ist es hingegen, die Studenten zu motivieren und für den Polizeiberuf zu begeistern. Sie

sind wissbegierig, lernwillig und haben eine beneidenswerte Auffassungsgabe. Dieser Umstand lässt die oben genannten Herausforderungen häufig verblissen. **Sebastian Erben**

PERSONALVERTRETUNG IN DER AUSBILDUNG

Ausbildungspersonalrat, was ist das denn?

Die vordergründigen Gedanken in der Ausbildung ranken sich um das Bestehen der Prüfungen und Schreiben der Abschlussarbeiten, um endlich Polizist zu sein. Dieses verständliche Verhalten lässt kaum Raum, über die Arbeit eines Ausbildungspersonalrates (APR) oder des örtlichen Personalrates (PR) nachzudenken. Häufig ist auch zu hören, dass die Studenten keine Vorstellung von der Arbeit eines APR oder des PR haben.

Eine Frage tritt in diesem Zusammenhang wiederholt auf: „Wozu brauche ich denn überhaupt einen Ausbildungs- oder einen Personalrat?“ Auch wenn es für viele abstrakt erscheint, beginnen die Probleme bereits in der Ausbildung. Daher ist eine frühzeitige Personalvertretung unerlässlich und sinnvoll!

Was macht eigentlich der APR?

Im § 22 a (6) Personalvertretungsrecht (PersVG) ist geregelt, dass der APR in allen Fragen mitbestimmt, die die Ausbildung betreffen. Dieser Paragraph verleiht dem APR umfassende Möglichkeiten, etwa auf den Rahmen der Ausbildungsinhalte einzuwirken.

Der gegenwärtige APR hat beispielsweise erkannt, dass in der Ausbildung ein Fahrzeugmangel vorhanden ist und dadurch das Üben und Trainieren nicht möglich ist bzw. sehr erschwert wird. In der Folge ist von einem deutlichen Qualitätsverlust zu sprechen.

Nach Rücksprache mit dem örtlichen Personalrat der Polizei Bremen hat der APR das Thema bearbeitet und letztendlich die Behördenleitung überzeugt, für Trainings Fahrzeuge vorzuhalten. Ohne den Einfluss des APR hätten die Studenten wahrscheinlich heute noch überwiegend

zu Fuß ihre Trainings absolvieren müssen. Damit ist eine realitätsnahe Ausbildung möglicher.

Dazu gehört jedoch auch, dass die Übungen und Trainings mit Fremdarstellern durchgeführt werden. In der Vergangenheit hat die Ausbildung häufig Unterstützung von den Einsatzdienstkraften erhalten. Diesbezüglich hat die Behördenleitung beschlossen, Darstelleraufgaben dürfen nicht zu Überstunden führen und der Einsatzdienst darf nicht belastet sein. Aufgrund dessen ist es nahezu unmöglich, dass die Kollegen aus den Einsatzdiensten die Ausbildung unterstützen. Hier unternimmt der APR mit Unterstützung des PR große Anstrengungen und setzt sich weiter für eine möglichst realitätsnahe Ausbildung ein.

Wegfall der Fahrschule unverständlich

Auch der Wegfall der Fahrschule stößt beim APR auf Unverständnis. In der Regel ist die Fahrerfahrung der Studenten als gering einzustufen, insbesondere beim Führen eines Gruppenfahrzeuges. Aufgrund der berechtigten, gemeinsam ausgesprochenen Einwände des APR und des PR ist zumindest die Erkenntnis gereift, dass eine gewisse Fahrlehre im Zusammenhang mit Polizeifahrzeugen zum Ausbildungsinhalt gehören sollte.

Erfolgreich hat sich der APR durchgesetzt beim Besetzen der Praxistrainerstellen. Es ist anerkannt sinnvoll, dass Mitarbeiter mit viel Praxiserfahrung aus dem Einsatzdienst die Ausbildung mit ihrem praktischen Wissen unterstützen.

Einsatzdienst stellte keine Praxistrainer

Aufgrund des Personalmangels hat die Behördenleitung von einer

Gestellung der Praxistrainer aus dem Einsatzdienst abgesehen. In dieser Folge sind Kollegen aus anderen Bereichen der Polizei als Praxistrainer eingesetzt gewesen, die nicht ihren alltäglichen Dienst im Einsatzdienst ableisten. Da jeder Student nach seiner Ausbildung jedoch zunächst in den Einsatzdiensten tätig sein wird, hat der APR die Notwendigkeit verdeutlicht, dass erfahrene Kollegen aus dem Einsatzdienst die fachpraktischen Studien anreichern. Aufgrund der wiederholten Einflussnahme des APR hat die Behördenleitung es nunmehr möglich gemacht, die Praxistrainer überwiegend aus den Reihen der Einsatzdienste zu besetzen.

Die Themen des APR korrespondieren häufig mit denen des PR. Daher ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem APR und dem PR unerlässlich, die im PersVG formalisiert ist: Behandelt der PR Angelegenheiten, die besonders die Ausbildung betreffen, kann der gesamte APR an der Beratung teilnehmen. An der Behandlung anderer Angelegenheiten im Personalrat kann ein vom APR entsandtes Mitglied beratend teilnehmen. Ebenso können Aufgaben übertragen werden – wie beispielsweise die Stundenvergütung im Fall der erbrachten Sportleistungsnachweise. Der APR hat den PR auf eine Ungleichbehandlung bei der Vergütung der Stunden bei den Jahrgängen aufmerksam gemacht. Mit Unterstützung der Fachgruppe der Bereitschaftspolizei konnte der PR letztendlich erste Erfolge erzielen und eine Gleichbehandlung der Jahrgänge erreichen.

Die Bedeutung des Zusammenwirkens wird auch daran deutlich, dass bei Personalauswahlen für die Ausbildung stets ein Mitglied des Personalrates sowie des APR anwesend sind. Der PR achtet an dieser Stelle auf ein faires und ge-



PERSONALVERTRETUNG IN DER AUSBILDUNG

ordnetes Verfahren, und der/die APR-Vertreter/-in übt sogar ein Stimmrecht aus.

Diese nicht abschließenden Beispiele verdeutlichen die Notwendigkeit einer gut funktionierenden Vernetzung der Vertretungsorgane in der Ausbildung, um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Studenten vorzuhalten. An den obigen Aufzählungen wird deutlich, dass bereits in der Ausbildung zahlreiche Herausforderungen auftreten, die teilweise nur mit einer gut funktionierenden

und vernetzten Personalvertretung gemeinsam bewältigt werden können. Dazu zählen der APR, die örtli-

chen Personalräte der Polizei, die Frauenbeauftragte und die Schwerbehindertenvertretung. **Jens Bley**

„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei



JUNGE GRUPPE MIT GUTER NACHRICHT



24-Stunden-LNW
Gutschrift für
Jahrgang 2011

Es ist endlich vollbracht! Nach monatelangen Diskussionen und mehrseitigen Stellungnahmen in Zusammenarbeit zwischen der JUNGEN GRUPPE und der Fachgruppe Bereitschaftspolizei wurde heute durch unseren Polizeivizepräsidenten Herrn Fasse die Übertragung der Regelung aus der Dienstanweisung Sport auf den betroffenen Jahrgang abschließend entschieden. Dafür ein großes Dankeschön!

Damit erhalten ab sofort auch alle Kolleginnen und Kollegen des Studienjahrganges 2011 bis 2014 ihre wohlverdiente 24-Stunden-Gutschrift, wenn sie denn im ausgewiesenen Zeitraum bis zum 31. 12. 2016 den Leistungsnachweis erfüllen oder schon erfüllt haben.

Es zeigt sich an dieser Thematik wieder einmal, beharrliche Gewerkschaftsarbeit zahlt sich regelmäßig aus.

Wir kämpfen für euch!

Eure Junge Gruppe

GdP-SERVICE-GMBH

Mit unseren neuen O2-Angeboten schneller durchs Netz...
...mit Deinem Wunsch-Handy

On Business M

Telefonieren & SMS

- Flatrate ins dt. Festnetz
- Flatrate in alle dt. Mobilfunknetze
- kostenlose Mailboxabfrage
- EU-Roaming Gespräche (ankommend und abgehend): 0,40 Euro/Gespräch
- Gespräche ins europäische Ausland: **60 Minuten inklusive** danach 0,72 Euro/Min.
- **1.000 SMS inklusive**

Surfen

- Datenvolumen bis **2 GB** volles Highspeed-Volumen
- Geschwindigkeit: LTE 4G mit **21,1 MBit/s**
- Datenvolumen in EU: **500 MB**
- Anschlussgebühr: **0,00 Euro**
- Netz: O2

Wähle Deins!
Frage uns nach Deinem Wunsch-Handy oder -Tablet, z. B.:

- Samsung Galaxy S7 32 GB**
Einmalige Zuzahlung: 179,99 Euro
- iPhone 6S 16 GB**
Einmalige Zuzahlung: 201,11 Euro
- Sony Xperia Z5**
Einmalige Zuzahlung: 139,99 Euro
- iPad Air 2 64 GB**
Einmalige Zuzahlung: 179,99 Euro

nur Tarif monatlich: **17,85 €** + monatliche Zuzahlung: **24,40 €**

Alle Details und den Antrag zu den Tarifen findest Du unter: www.psw-sn-th.de

Tel.: 035204/687-14 | info@psw-sn-th.de



SENIOREN BREMERHAVEN AUF REISEN

Tagestour nach Minden

Am Samstag, dem 13. August, starteten wir mit insgesamt 18 Teilnehmern/-innen von Bremerhaven und Loxstedt aus zur traditionellen GdP-Senioren-Tagesfahrt 2016. Diesmal ging die Tour mit Busanreise frühmorgens los nach Minden, wo wir gegen 11.30 Uhr auf das Fahrgastschiff Poseidon der Mindener Fahrgastschiffahrt eingeschifft wurden. Zügig legte der Dampfer ab

und nach einer kurzen Fahrt auf dem Mittellandkanal schleusten wir in die berühmte Schachtschleuse ein, um nach 13 Meter rasantem Schleusenhub in die tiefergelegene Weser einzuschleusen. Dieses Schauspiel an Deck bei schönstem Wetter mitzuerleben war schon ein Ereignis, auch für uns Küstenbewohner. Auf dem Schiff wurde uns dann ein Tellergericht als Mittagessen am

Tisch serviert. Wir genossen die ca. fünfstündige Schifffahrt entweder von unserem Platz im Salon aus, oder wir ließen uns den Wind an Deck bei dem einen oder anderen Kaltgetränk um die Nase wehen. Ein Akkordeonspieler mühte sich mit Seemannsliedern redlich ab, uns in Stimmung zu bringen und uns zu animieren mitzusingen, was leider nicht immer gelang. Das lag wohl am Repertoire seiner Lieder. Tat aber unserer Stimmung keinen Abbruch.

Am Nachmittag wurde noch Kaffee und Kuchen gereicht, bevor das Schiff nach einer erlebnisreichen Schifftour wieder an der Pier vor der Schachtschleuse anlegte.

Unser Bus wartete bereits, er brachte uns sicher und pünktlich nach Hause.

Insgesamt betrachtet war die GdP-Tagestour wieder für alle Teilnehmer ein ausgesprochen schönes Event, nur positive Feedbacks wurden mir zugetragen und motivieren mich, auch für die Zukunft diese schöne Gepflogenheit mit neuen, ebenfalls interessanten Touren beizubehalten.

Wolfgang Stanger

GdP-SERVICE-GMBH

Psst... Markt
Sachsen/Thüringen GmbH

GdP-Service GmbH
Wir leben Service! Bremen

Mit unseren neuen O2-Angeboten schneller durchs Netz...

XL
10 GB Datenvolumen

On Business XL

Telefonieren & SMS

- Flatrate ins dt. Festnetz
- Flatrate in alle dt. Mobilfunknetze
- kostenlose Mailboxabfrage
- Flatrate EU-Roaming-Gespräche
- Gespräche ins europ. Ausland, Türkei, Russland, Kanada, USA: 1.000 Minuten inklusive (danach 0,72 Euro/Min.)
- 1.000 SMS inklusive

Surfen

- Datenvolumen bis 10 GB volles Highspeed-Volumen
- Geschwindigkeit: LTE 4G mit 50 MBit/s
- Datenvolumen in EU: 1 GB
- inklusive 2. SIM-Karte
- Anschlussgebühr: 0,00 Euro
- Netz: O₂

Wähle Deins!
Frage uns nach Deinem Wunsch-Handy oder -Tablet, z. B.:

- Samsung Galaxy S7 32 GB**
Einmalige Zuzahlung: 119,99 Euro
- iPhone 6S 16 GB**
Einmalige Zuzahlung: 94,01 Euro
- Sony Xperia Z5**
Einmalige Zuzahlung: 79,99 Euro
- iPad Air 2 64 GB**
Einmalige Zuzahlung: 119,99 Euro

nur Tarif monatl. **29,16 €** + monatl. Zuzahlung **27,96 €**

Tel.: 035204/687-14 | info@psw-sn-th.de www.psw-sn-th.de

SENIOREN

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 8. November 2016, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 10. November 2016, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Referent: David Skupien, Geschäftsführer der GdP Service GmbH und Steuerberater in allen Steuerfragen.

Wolfgang Karzenburg



Senioren mit Stand auf dem Hanseatenhof

Zum sechsten Mal hatte der DGB Bremen mit seinen Einzelgewerkschaften, die Sozialverbände, Parteien und Selbsthilfegruppen am 1. Oktober 2016 zum Tag der älteren Generation aufgerufen. Es ist ein internationaler Tag, der lt. UNO-Beschluss 1990 ins Leben gerufen wurde.

Dieser Tag soll auf die Situation und die Belange älterer Menschen aufmerksam machen. In Bremen fand die Veranstaltung wieder auf dem Hanseatenhof statt. Schirmfrau war Annette Düring (DGB-Vorsitzende Bremen). Das Motto für 2016: Altersarmut per Gesetz? Solidarische Rente jetzt!

Das Rentenniveau, soziale Gerechtigkeit und Altersarmut waren die Themen beim Tag der älteren Generation. Das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserer Stadt war am Stand der GdP-Senioren das Gesprächsthema Nummer eins! Vom Abbau der Polizeireviere bis hin zum Einbruchsschutz wollte man von uns Antworten, die wir natürlich auch nicht hatten.

Annette Düring, DGB-Chefin, forderte den dringenden „Kurswechsel in der Rentenpolitik.“ Rainer Kuhn,



Zeigten (GdP-)Flagge auf dem Hanseatenhof: Eckard Lindhorst, Wolfgang Karzenburg, Walter Liebetrau, Horst Albinger

Verdi, sprach zum Thema Altersarmut. Festzustellen ist, dass das Interesse am Tag der älteren Generation von Jahr zu Jahr wächst. Neben Reden gab es auch Musik und Kabarett auf der Bühne. Für das leibliche Wohl war ebenfalls gesorgt.

An dieser Stelle ein Appell von den Seniorinnen und Senioren der GdP an

unsere Politikerinnen und Politiker der Bremischen Bürgerschaft: Nehmt die Ängste der Bürger/-innen unserer Stadt ernst, sucht das Gespräch! Wir Senioren der GdP haben diese Gespräche geführt, wir wissen wo der „Schuh drückt!“

Wolfgang Karzenburg,
Vorsitzender der FG Senioren

STERBEFÄLLE

Wir trauern um unsere Kolleginnen und Kollegen

Es starben:

Rolf Herbst,
geb. am 12. 2. 1949,
verstorben am 10. 3. 2016
Georg Maria Werlich,
geb. am 10. 1. 1958,
verstorben am 27. 4. 2016
Werner Giertz,
geb. am 8. 11. 1934,
verstorben am 30. 5. 2016
Hermann van der Heide,
geb. am 24. 9. 1923,
verstorben am 14. 5. 2016
Oliver Feil,
geb. am 14. 4. 1966,
verstorben am 28.06.2016

Werner Prause,
geb. am 22. 11. 1935,
verstorben am 10. 6. 2016
Peter Blumenau,
geb. am 5. 6. 1945,
verstorben am 24. 6. 2016
Rudolf Ehrhardt,
geb. am 25. 7. 1925,
verstorben am 1. 7. 2016
Heinz Himmelstoß,
geb. am 12. 7. 1925,
verstorben am 25. 6. 2016
Egon Brackmann,
geb. am 6. 5. 1923,
verstorben am 4. 7. 2016
Wolfgang Wegener,
geb. am 20. 11. 1937,
verstorben am 19. 6. 2016

Horst Möller,
geb. am 1. 8. 1954,
verstorben am 22. 8. 2016
Margrit Fangmann,
geb. am 31. 5. 1941,
verstorben am 27. 7. 2016
Georg Stanislaus Weinrich,
geb. 08. 5. 1920,
verstorben am 8. 2. 2016
Richard Postler,
geb. am 17. 7. 1944,
verstorben am 29. 7. 2016

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

